S 2 RJ 724/01

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	20
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 2 RJ 724/01
Datum	24.04.2003

2. Instanz

Aktenzeichen	L 20 RJ 321/03
Datum	22.09.2004

3. Instanz

Datum	-
-------	---

I. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Bayreuth vom 24.04.2003 wird zurückgewiesen.

II. Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.

III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten ist die Gewährung einer Rente wegen Berufsunfähigkeit (BU) bzw. teilweiser Erwerbsminderung bei BU streitig.

Der 1957 in Polen geborene Kläger, der nach eigenen Angaben auch in den USA und Frankreich gearbeitet hat, war in Deutschland ab 1989 als Elektriker und zuletzt bis 15.01.1997 als Bauroinformationselektriker versicherungspflichtig beschäftigt.

Den ersten Rentenantrag vom 20.02.1998 lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 23.04.1998 ab, weil der Kläger seinen bisherigen Beruf weiterhin ausüben könne. Den Antrag vom 08.06.1998, den genannten Bescheid abzuändern, weil nun bei ihm Behinderungen mit einem Grad der Behinderung (GdB) von 40 festgestellt seien, lehnte die Beklagte nach Durchführung eines Heilverfahrens

(14.09. - 05.10.1999 in der Nordseeklinik B.) mit Bescheid vom 04.01.1999 ab. Im Vorverfahren erstattete die Neurologin und Psychiaterin Dr.F. das Gutachten vom 12.07.2000, in dem leichte bis mittelschwere Arbeiten vollschichtig für zumutbar gehalten wurden. Die beim Sozialgericht Bayreuth (SG) erhobene Klage (S 9 RJ 772/00) nahm der Kläger am 22.12.2000 zurck.

Bereits am 02.01.2001 beantragte der Kläger wiederum Rente wegen BU. Den Antrag begründete er in erster Linie mit der bei ihm jetzt festgestellten Schwerbehinderung mit einem GdB von 60. Die Beklagte erließ den ablehnenden Bescheid vom 01.03.2001 und den Widerspruchsbescheid vom 22.08.2001, in denen sie im Anschluss an eine Stellungnahme ihres Ärztlichen Dienstes darauf hinwies, dass der Kläger auch seinen bisher ausgeübten Beruf weiterhin verrichten könne.

Das hiergegen angerufene SG Bayreuth hat zunächst eine Auskunft der AOK Bayreuth - Kulmbach, eine Auskunft des letzten Arbeitgebers des Klägers, die Schwerbehindertenakte des AVF Bayreuth und die Ärztlichen Unterlagen des Arbeitsamtes Bayreuth sowie insgesamt acht Befundberichte der den Kläger behandelnden Ärzte zum Verfahren beigegeben. Der Neurologe und Psychiater Dr.Z. hat im Gutachten vom 07.03.2002 und in der Stellungnahme vom 28.02.2003 zusammenfassend festgestellt, dass der Kläger seinen bisherigen Beruf allenfalls unter sechs Stunden im Außendienst, in der Werkstatt sechs Stunden täglich ausüben könne.

Mit Urteil vom 24.04.2003 hat das SG die auf Gewährung von Rente wegen BU beschränkte Klage abgewiesen. Der Kläger sei zwar wegen der im Vordergrund stehenden Gesundheitsstörungen auf dem neurologisch-psychiatrischen Gebiet nicht mehr in der Lage, seine Tätigkeit als Breitbandinformationselektroniker im Außendienst wenigstens sechs Stunden zu verrichten. Er sei aber in der Lage, diese Tätigkeit im Werkstattbereich wenigstens sechs Stunden auszuüben. Ein Anspruch auf Rente wegen BU bestehe daher nicht. Nachdem der Kläger im erforderlichen Umfang von sechs Stunden als Breitbandinformationselektroniker in Betriebswerkstätten von Großindustrie- oder Handelsbetrieben im Rahmen der Reparatur und Wartung tätig sein könne, bestehe auch kein Anspruch auf Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei BU.

Gegen dieses Urteil richtet sich die Berufung des Klägers, die er damit begründet, er sei nicht mehr in der Lage, wegen der massiven Wirbelsäulenbeschwerden seinen erlernten Beruf auszuüben. Denn er könne nicht mehr schwer tragen und auch nicht länger als eine halbe Stunde gehen, stehen oder sitzen. Er nehme außerdem täglich sehr starke Arzneimittel gegen seelische Störungen und Schmerzen ein. Er könne daher täglich nicht mehr als vier Stunden arbeiten. Er könne kaum klar denken und auf keinen Fall ein Auto oder Maschinen führen.

Der Senat hat im vorbereitenden Verfahren Befundberichte des Neurologen und Psychiaters P. M. , des Allgemeinmediziners Dr.M. und des Allgemeinmediziners Dr.P. zum Verfahren beigegeben, außerdem die Kopien der Leistungsunterlagen

des Arbeitsamtes G. und die Schwerbehindertenakte des AVF Dresden. Der Klager ist am 15.10.2003 von B. nach G. umgezogen. Von den dort den Klager behandelnden Ärzten hat der Senat Befundberichte der Hautärztin Dr.W. , der HNO-Ärztin Dr.H. , des Orthopäden Dr.B. und des Neurologen und Psychiaters Dr.T. zum Verfahren beigezogen.

Die Diplompsychologin G. hat das psychologische Zusatzgutachten vom 08.06.2004 erstellt, in dem sie eine hypochondrische Störung und eine Brckenphobie festgestellt hat. Der Neurologe und Psychiater Dr.K. hat das Gutachten vom 06.07.2004 erstattet, in dem leichte bis mittelschwere Tätigkeiten mit Einschränkungen vollschichtig für zumutbar gehalten werden. Der Sachverständige hält ebenfalls die Tätigkeit eines Service-Technikers im Außendienst nur unter sechs Stunden, die Tätigkeit in einer Werkstatt jedoch mindestens sechs Stunden für zumutbar.

Der Klager, für den in der mündlichen Verhandlung niemand erschienen ist, beantragt sinngem, die Beklagte unter Aufhebung des Urteils des SG Bayreuth vom 24.04.2003 und des Bescheides vom 01.03.2001 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22.08.2001 zu verurteilen, ihm auf den Antrag vom 02.01.2001 Rente wegen BU, hilfsweise wegen teilweiser Erwerbsminderung bei BU zu zahlen.

Die Beklagte beantragt im Anschluss an die Stellungnahme ihres ärztlichen Dienstes die Zurückweisung der Berufung.

Dem Senat haben neben den genannten Unterlagen die Streitakten erster und zweiter Instanz sowie die Verwaltungsakten der Beklagten vorgelegen. Wegen weiterer Einzelheiten wird zur Ergänzung des Sachverhalts auf den gesamten Akteninhalt Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die Berufung des Klagers ist form- und fristgerecht eingelegt ([s 143](#), [151](#) Sozialgerichtsgesetz -SGG-) und auch im übrigen zulässig.

In der Sache hat das Rechtsmittel keinen Erfolg. Das SG hat im angefochtenen Urteil vom 24.04.2003 vielmehr zu Recht entschieden, dass der Klager gegen die Beklagte keinen Anspruch auf Leistungen wegen BU noch wegen teilweiser Erwerbsminderung bei BU hat.

Der Anspruch auf Rente wegen BU bei einer Antragstellung vor dem 31.03.2001 (hier 02.01.2001) ist nach den Vorschriften des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) in der bis zum 31.12.2000 geltenden Fassung (aF) zu beurteilen, soweit ein Anspruch aus der Zeit vor dem 01.01.2001 geltend gemacht wird (vgl. [s 300 Abs 2 SGB VI](#)). Für den Anspruch sind aber auch die Vorschriften des SGB in der ab 01.01.2001 geltenden Fassung (nF) maßgeblich, soweit (hilfsweise) Rente wegen Erwerbsminderung für die Zeit nach dem 31.12.2000 begehrt wird. Rechtsgrundlage für den vom Klager geltend gemachten Anspruch ist, nachdem

er sich im Anschluss an die Feststellung des GdB von 60 (Bescheid des AVF Bayreuth vom 20.04.2000) f¹/₄r berufsunfähig hält, [Â§ 43 SGB VI](#) aF. Nach dieser Vorschrift haben Versicherte bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres Anspruch auf Rente wegen BU, wenn sie berufsunfähig sind, in den letzten f¹/₄nf Jahren vor Eintritt der BU drei Jahre Pflichtbeiträge f¹/₄r eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit entrichtet und vor Eintritt der BU die allgemeine Wartezeit erf¹/₄llt haben.

Der Kläger erf¹/₄llt zwar die vorgenannten versicherungsrechtlichen Voraussetzungen, er war und ist jedoch nicht berufsunfähig im Sinne des [Â§ 43 Abs 2 SGB VI](#) aF, da seine Erwerbsfähigkeit nicht wegen Krankheit oder Behinderung auf weniger als die Hälfte derjenigen eines körperlich, geistig und seelisch gesunden Versicherten mit ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten gesunken ist.

Inwieweit die Erwerbsfähigkeit eines Versicherten eingeschränkt ist, beurteilt sich danach, welchen Lohn er durch eine Erwerbstätigkeit erzielen kann, auf die er nach seinem Gesundheitszustand und seinem beruflichen Werdegang zumutbar verweisbar ist. Der Kreis der Tätigkeiten, auf die der Kläger zumutbar verwiesen werden kann, richtet sich gemäß [Â§ 43 Abs 2 Satz 2 SGB VI](#) aF nach der Dauer und dem Umfang seiner Ausbildung sowie seines bisherigen Berufes und nach den besonderen Anforderungen seiner bisherigen Berufstätigkeit.

Das nach Satz 1 der genannten Vorschrift zunächst festzustellende berufliche Leistungsvermögen des Klägers ergibt sich f¹/₄r den Senat aus den Ausführungen des von ihm gehörten ärztlichen Sachverständigen Dr.K. â¶; Nach dessen Befunderhebung und Untersuchungsergebnissen und auch nach den Ausführungen der Diplompsychologin G. im psychologischen Zusatzgutachten stehen nicht die organischen Beschwerden des Klägers, sondern, wie bereits das SG zu Recht festgestellt hat, die psychischen Veränderungen im Vordergrund der Beschwerdesymptomatik. Insoweit war beim Kläger eine Somatisierungsstörung (hypochondrische Störung) und eine Neurasthenie festzustellen. Dabei ist von einer depressiven Störung nicht auszugehen, da keine Kriterien ausreichen, um eine echte depressive Störung zu diagnostizieren. Dr.K. hat außerdem darauf hingewiesen, dass die vorhandenen somatischen Störungen des Klägers nicht ausreichen, um dessen Beschwerden zu erklären bzw. als führende Ursache anzugeben.

Die übrigen beim Kläger vorliegenden Gesundheitsstörungen (LWS-Syndrom, degenerative Gelenkveränderungen, Schallleitungs-Schwerhörigkeit, chronische Nasenhöhlenentzündung, Gicht, Psoriasis vulgaris capitis, Nasenmuschelhyperplasie und Polyarthrose beider Hände bei komplettem Faustschluss) schränken dessen Erwerbsfähigkeit nach den Ausführungen aller bisher gehörten ärztlichen Sachverständigen nicht wesentlich ein. Damit ist in Übereinstimmung mit den Ausführungen des ärztlichen Sachverständigen Dr.K. von einem Leistungsvermögen des Klägers f¹/₄r leichte bis mittelschwere Arbeiten auszugehen. Dabei sollte die Körperhaltung im Wechsel von Gehen, Stehen und Sitzen erfolgen, Heben und Tragen von mehr als 10 kg sollte

unterlassen werden. Weiter sind nicht zumutbar Arbeiten mit hufigem Bcken, im Hocken und im Knien. Ungnstige Umwelteinflsse und Witterungsverhltnisse (Nsse, Klte, Lrm, physikalische und chemische Reizstoffe) sollten vermieden werden. Minimiert werden sollten Arbeiten unter Zeitdruck und Arbeiten mit hoher Anforderung an das Konzentrationsvermgen. Auch sollte Schichtarbeit vermieden werden.

Der rztliche Sachverstndige hat aber keinen Zweifel daran gelassen, dass beim Klger ab dem Zeitpunkt des Rentenanspruchs (02.01.2001) eine Einsatzfhigkeit von tglich mindestens sechs Stunden gegeben ist.

Dem Klger ist zwar zuzugeben, dass ihm im Hinblick auf die genannten Funktionseinschrnkungen die Ausbung der bisherigen Ttigkeit (Service-Techniker im Auendienst: Der Klger reparierte Kopiergerte bei den Kunden) nicht mehr zumutbar ist. Der Umstand, dass ein Versicherter aus gesundheitlichen Grnden seinen bisherigen Beruf nicht mehr ausben kann, fhrt aber nicht ohne weiteres zur Annahme des Leistungsfalles der BU. Berufsunfhig ist vielmehr nur, wer weder seine bisherige Ttigkeit noch eine ihm sozial zumutbare Verweisungsttigkeit ausben kann. Insbesondere ist im Fall des Klgers nicht allein von der Ttigkeit des Service-Technikers im Auendienst auszugehen. Bisheriger Beruf ist zwar i.d.R. die letzte versicherungspflichtige Beschftigung oder Ttigkeit, von der auch bei nur kurzfristiger (z.B. wegen Eintritts des Leistungsfalles beendeter) Ausbung auszugehen ist, wenn sie zugleich die qualitativ hchste im Berufsleben des Versicherten gewesen ist (st.Rspr. des BSG, vgl. BSG [SozR 3-2200 1246 Nr 49](#) mwN).

Die Zumutbarkeit einer Verweisungsttigkeit beurteilt sich nach der Wertigkeit des bisherigen Berufs. Zur Erleichterung dieser Beurteilung hat die hchstrichterliche Rechtsprechung ein Mehrstufenschema entwickelt, das die Berufsttigkeiten in (Qualifikations-)Gruppen unterteilt, die von oben nach unten durch den Leitberuf des Vorarbeiters mit Vorgesetztenfunktion bzw. des besonders hoch qualifizierten Facharbeiters, des Facharbeiters, des angelernten Arbeiters und des ungelernten Arbeiters charakterisiert werden (BSG [SozR 3-2200 1246 Nr 39](#) mwN). Der Gruppe mit dem Leitberuf des Facharbeiters ist zuzuordnen, wer einen anerkannten Ausbildungsberuf mit regelmsig mehr als zweijhriger Ausbildung erlernt und bisher ausgebt hat oder dessen tarifvertragliche Einordnung in eine Lohn- bzw. Gehaltsgruppe den Schluss zulsst, dass diese Ttigkeit als Facharbeiterttigkeit zu qualifizieren ist. Die Einordnung in eine bestimmte Gruppe des Mehrstufenschemas erfolgt nicht ausschlielich nach Vorliegen und Dauer einer frmlichen Berufsausbildung. Ausschlaggebend ist vielmehr die Qualitt der verrichteten Arbeit (BSG SozR 3-2200 1246 Nrn 27, 33). Grundstzlich darf ein Versicherter im Vergleich zu seinem bisherigen Beruf auf Ttigkeiten der nchst niedrigeren Gruppe des Mehrstufenschemas verwiesen werden.

Bei Anlegung dieser Mastbe ergibt sich im Fall des Klgers folgendes: Der Klger ist als Facharbeiter zu betrachten, nachdem er in Deutschland von 1991 bis 1997 als Broinformationselektroniker gearbeitet hat und auch als Facharbeiter entlohnt wurde. Dies ergibt sich aus den Leistungsunterlagen des Arbeitsamtes G.

und der Auskunft des letzten Arbeitgebers des KlÄxgers. Er ist daher als â□□ schlichter â□□ Facharbeiter i.S. des von Rechtsprechung entwickelten Mehrstufenschemas zu betrachten.

Als Facharbeiter muss sich der KlÄxger nach [Â§ 43 Abs 2 Satz 3 SGB VI](#) aF auf FacharbeitertÄxtigkeiten und TÄxtigkeiten verweisen lassen, die der Gruppe der AnlernTÄxtigkeiten zuzurechnen sind, also entweder anerkannte Anlernberufe mit einer Ausbildungszeit bis zu zwei Jahren darstellen oder TÄxtigkeiten sind, bei denen eine betriebliche Einarbeitung oder Anlernung von mindestens drei Monaten Dauer notwendig ist. Eine solche Verweisung auf qualifizierte AnlernTÄxtigkeiten ist vorliegend jedoch nicht erforderlich, da der KlÄxger nach den Ä¼berzeugenden AusfÄ¼hrungen des Äxztlichen SachverstÄxndigen Dr.K. in der Lage ist, z.B. eine TÄxtigkeit im Reparaturdienst einer Werkstatt tÄxglich sechs bis unter acht Stunden auszuÄ¼ben. Eine sozialmedizinische Aussage des Äxztlichen SachverstÄxndigen zu dieser TÄxtigkeit war Dr.K. auch mÄ¼glich, da der Fragestellung an den Äxztlichen SachverstÄxndigen die TÄxtigkeitsbeschreibung eines Informationselektronikers beigegeben war. Damit ist der KlÄxger zur Ä¼berzeugung des Senats nicht berufsunfÄ¼hig i.S. des [Â§ 43 Abs 2 SGB VI](#) aF. Der vom SG gehÄ¼rte Äxztliche SachverstÄxndige Dr.Z. hat im Ä¼brigen Ä¼berzeugend ausgefÄ¼hrt, dass der KlÄxger durchaus in der Lage ist, die TÄxtigkeit im Reparaturdienst in einer Werkstatt acht Stunden tÄxglich auszuÄ¼ben (Stellungnahme vom 28.02.2003). Der KlÄxger hat gegen die Beklagte somit keinen Anspruch auf Bewilligung einer Rente wegen BU nach altem Recht.

Rechtsfehlerfrei hat das SG, dessen Entscheidung durch die Ermittlungen des Senats voll bestÄ¼tigt wurden, entschieden, dass der KlÄxger auch keinen Anspruch gegen die Beklagte auf Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei BU in der ab 01.01.2001 geltenden Fassung hat. Denn auch hier gilt, dass BU schon nicht vorliegt, nachdem der KlÄxger im Werkstattbereich Ä¼ber ein sechsstÄ¼ndiges LeistungsvermÄ¼gen verfÄ¼gt.

Der KlÄxger kann auch keine Rechte daraus ableiten, dass bei ihm nach dem Schwerbehindertengesetz (SchwbG) ein GdB von 60 festgesetzt wurde. Denn der nach dem SchwbG festgestellte GdB ist â□□ ohne RÄ¼cksicht auf den Prozentsatz der Erwerbsminderung â□□ bei der PrÄ¼fung des Antrags auf Rente wegen verminderter ErwerbsfÄ¼higkeit nicht entscheidend. FÄ¼r die Beurteilung des GdB ist das MaÃ¼ der kÄ¼rperlichen BeeintrÄ¼chtigung im allgemeinen Erwerbsleben, nicht aber in einem besonderen Beruf zu berÄ¼cksichtigen. DemgegenÄ¼ber ist die Frage der BU unter Zugrundelegung eines bestimmten Arbeitnehmerberufes, mÄ¼glicher VerweisungstÄxtigkeiten und der in [Â§ 43 SGB VI](#) aF gesetzten Grenzen zu beurteilen.

Bei dieser Sachlage war die Berufung des KlÄxgers zurÄ¼ckzuweisen.

Die Kostenentscheidung ([Â§ 193 SGG](#)) beruht auf der ErwÄ¼gung, dass der KlÄxger auch im Berufungsverfahren unterlegen war.

GrÄ¼nde, die Revision gemÄ¼Ã¼ [Â§ 160 Abs 2 SGG](#) zuzulassen, liegen nicht vor.

Erstellt am: 16.12.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024